

Verwandten
(8. April 1924.)
...
Mädchen
...
Verkauf
...
und Stallung
...
obilienengeschäft
...
Freitag feiert 8 Uhr
...
enstände
...
onfirmanden-
erzeichnisse
...
Mädchen
...
den Haushalt und
hilfe in der Wirtschaft
...
ntant Germania,
Gegenheimer,
Kreuzbürg.
...
Gesamtprobe

Geführt an jedem Samstag, Sonntags und Feiertagen und Wochentagen.
Belegpreis
im Jahr 4 180
einzel. Tagessatz,
Bsp. Nr. 10 Halbesee,
Grundschrift f. Kassen:
Die einseitige Seite auf
gewöhnlicher Schrift aber
beiden Seiten 12 Halbesee,
Halbesee, Familien-
ang. 10 Halbesee, Halbesee.
geschl. Schreibung und
Kassen ist der Rabatt
befähigt.

Der Gesellschafter

Nachrichts- und Anzeigenblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Heimatbeilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Verbreitung: Zeitung im
Oberamt Nagold — Wochensatz 10,- halbesee
besten Preis.
...
Telegraphen-Nachricht:
Gesellschaft Nagold.
Verlagsgesellschaft
Stuttgart 5113.

Nr. 74 **Donnerstag den 27. März 1924** Jahrgang 98. Heft Nr. 29

Tagespiegel

In Berlin sind Vertreter der italienischen Regierung eingetroffen, um Klänge von Junglingen für das italienische Meer abzuholen.
Der Papst hat den Besuch des Marschalls Joch empfangen.
Die Haas meldet, hat Mikereid das Rücktrittsgebot des Ministers Poincaré angenommen.
In Prag wurden zwei höhere Beamte, Chymann und Riesinger, wegen Verschwendung und Untreue verhaftet.
Zum Ausdruck des Tadels, daß die britische Regierung mit Rücksicht auf Japan auf die Befestigung Singapores als Flottenstützpunkt verzichtet habe, beantragte der konservative Abgeordnete Horne, 100 000 Pf. Sterl. von der Regierungsforderung zu streichen. Der Antrag wurde mit 287 gegen 211 Stimmen abgelehnt.
Die amerikanische Regierung erklärte, Abrüstungsauferlegungen, wenn solche abgehoben werden könnten, könnten gegenwärtig sich nur beschränkte Ziele setzen.
Das amerikanische Abgeordnetenhaus hat den Antrag, 10 Millionen Dollar zum Verkauf von Lebensmitteln für deutsche Frauen und Kinder zu bewilligen, angenommen.

Rücktritt Poincarés

Paris, 26. März. Das ganze Staifheit Poincaré hat heute dem Präsidenten Mikereid das Rücktrittsgebot übergeben, weil die Kammer das Pensionengesetz abgelehnt hat. Die Stimmung in Paris ist äußerst erregt.

Kun hat Poincaré also das Geschick doch erfüllt, dem er in den letzten Wochen mehrmals nur mit knapper Not entgangen war. Sollten wir in Deutschland „Mummieren“? wie er einmal in einer kühnen Kammerrede prophezeit hatte? Nein, dafür liegt für Deutschland kein Grund vor. Wegen seiner unverfänglichen, daherfüllen Politik gegen Deutschland, wegen der im Grunde für Frankreich sehr nachteiligen Aushandlung und der Verschleuderung französischer Staatsgelder an die Bolschewisten im Osten Deutschlands ist Poincaré nicht geführt worden. In dieser Politik wird sich auch nichts wesentlicheres zu Deutschlands Gunsten ändern; wir werden froh sein müssen, wenn es nicht noch schlimmer kommt, denn es gibt einflussreiche Männer und Kräfte in Frankreich, denen die Haltung Poincarés aus gegenüber noch viel zu nachsichtig dünkt. Es könnte wieder zu schweren Enttäuschungen führen, wenn man in Deutschland sich irgendwelchen Hoffnungen in dieser Hinsicht hingeben wollte.

In den Wochenendstunden haben wir wiederholt darauf hingewiesen, wenn das Regiment Poincarés sein Ende finden soll, so könne dies nur auf dem Gebiet der inneren Politik Wirklichkeit werden. Und so ist es auch gekommen. Gewiß sind die zunehmenden Mißerfolge Poincarés in seiner inneren Politik von seiner äußeren Politik, namentlich in Hinsicht auf Deutschland, nicht zu trennen, sie sind vielmehr eine unmittelbare Folge der letzteren. Die ganze kümmerliche Finanzlage Frankreich mit den neuen gewaltigen Steuererhöhungen und neuen Steuern, der Frankentrug, mit der ihm anliegenden Teuerung, der notwendig gewordene brutale „Abbau“ in der Staatsverwaltung und die Ermüdung in den verhassten Finanzverordnungen — das sind lauter Notwendigkeiten, die sich aus dem starren Verfolgungs- und Verdrängungswahn zwangsläufig ergaben. Aber dafür hat man in Frankreich kaum ein Verständnis. Es ist Ruß für das französische Ohr, wenn die Regierung verheißt, sie werde mit unerbittlichen Sanktionen die verstoßenen Deutschen zwingen, „alles zu bezahlen“. Wenn aber die Inflation und der sinkende Frankentrug die Einkünfte der Rentner aufzehren, wenn dazu die Steuern wachsen, dann gibt's Ärger. Daher hat Poincaré bei allen Abstimmungen in der Kammer wie im Senat immer eine große Mehrheit gehabt, wenn es sich um irgend welche Beziehungen zu Deutschland handelte. In Fragen der inneren Politik schrumpfte dagegen diese Gefolgshaft von Woche zu Woche immer mehr ein.

Schließlich ist er über dem „Abbaugesetz“ zu Fall gekommen, das u. a. eine wesentliche Einschränkung der Pensionen bringen sollte. Das Heer der Pensionempfänger wagten die Abgeordneten im Hinblick auf die am 11. Mai stattfindenden Wahlen nicht vor den Kopf zu stoßen, und das abgebräutete Mittel, daß die Regierung die Vertrauensfrage stellte, war dem Rücktritt gegenüber nicht mehr stark genug.
Poincaré ist gestürzt. Ob Mikereid ihn auffordern wird, die Kabinetsbildung zu übernehmen oder wenigstens „die Geschäfte fortzuführen“ bis nach den Wahlen, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Wir Deutsche werden, wie gesagt, an der Sache keine Hoffnungen knüpfen dürfen, aber wenn wir auch nicht „Mummieren“, so freuen wir uns doch, daß der

Kann, mit dessen Namen sich die höchsten Leistungen auf die tiefsten Demütigungen Deutschlands verbinden, die Wandelbarkeit aller irdischen Dinge an sich hat erfahren müssen. Und wir wünschen ihm, daß er, der Hauptschuldige an dem Weltkrieg, der wie tausendmal anderer Feind Deutschlands sich immer wieder hinter die Schuldigen versteckte, auch erleben müsse, daß die Welt von dem Baun des nicht-würdigen, freierischen Lebensgebotes befreit werde und daß dann die wahren Schuldigen an dem Welttrugger gestellt sein werden. Einer der ersten unter ihnen wird Poincaré sein.

Paris, 26. März. Haas meldet aus der heutigen Vermittlung der Kammer: Obwohl Finanzminister de La Seyrie die Vertrauensfrage gestellt hatte, hat die Kammer, die heute normiert über das Pensionengesetz verhandelte, entgegen seinem Wunsch das Gesetz mit 271 gegen 284 Stimmen an die Kommission zurückverwiesen. Finanzminister de La Seyrie, Spitzenminister Strauch und Unterstaatssekretär Wedel, die auf der Regierungsbank saßen, haben sich zurückgezogen. Der Vorsitzende hat sofort die Sitzung auf.

Quertreiberei

Poincaré wagt!

Minister Dr. Straußmann hat am vergangenen Sonntag in Darmstadt ein unverfängliches Wort gesprochen: Wenn man die Dinge geschichtlich betrachte, so werde man zu dem Ergebnis kommen, daß noch keine eine härtere Umwälzung der Welt eingetreten sei, als seit 1919 und gerade jetzt. Diese Umwälzung habe sich auch in den Verhandlungen der Sachverständigenausschüsse gezeigt.

Somit man die Arbeiten der Ausschüsse in Berlin verfolgen konnte, mag die Straußmannsche Unverfänglichkeit bezeugt gewesen sein. Aber was geschah während in Paris? Die Ausschüsse haben sich in immer kleinere Unterausschüsse gespalten, die wochenlang tagten, an den ersten und zweiten Hauptentscheidungen, dann wieder tagten und mit ihrer Arbeit nicht fertig werden konnten. Offenbar ist die Vorliebe für die Sachlichkeit der Sachverständigen nicht gut. Die politischen Einflüsse des Orts machten sich förmlich bemerkbar. Ueber wichtige Punkte, so über die zahlenmäßige Festlegung der deutschen Leistungen in den nächsten Jahren wollte kein Einverständnis zustande kommen. Die Umständigungs-Kommission kündigte eine Mitteilung über die Arbeiten der Sachverständigen an, was doch sehr nach Besonnenheit schmeckt und in diesem Augenblick nicht auch Poincaré seine Zeit zu einer diplomatischen Vorkoh für gelommen.

Der französische Botschafter in London, St. Valaire, erklärt die Weisung in einer Unterredung mit Mac Donald der englischen Regierung den Wunsch Poincarés nach Fortsetzung des französisch-englischen Verhandlungswechsels zu unterbreiten. Deutscher: Poincaré verlange, möglichst sofort und jedenfalls noch vor Veröffentlichung der Sachverständigen-Gutachten in eine „sachliche“ Behandlung der Entschädigungs- und Sicherungsfrage einzutreten. Was in diesem besonderen Fall unter Sicherung Frankreichs zu verstehen sei, konnte man in der Pariser Presse Ende voriger Woche nachlesen. Da war Klapp und Klar ausgetauscht, es handelte sich um neue Maßnahmen, um Vorschläge der Sachverständigen, die Deutschland etwa nicht annehmen wollte, den Deutschen aufzuzwingen. Ähnlich wurde das natürlich verhandelt. Da ließ es sich nicht mehr, der französische Botschafter werde dem englischen Ministerpräsidenten mitteilen, daß Frankreich eine Lösung der Sicherheitsfrage auf der Grundlage der Vorschläge, die Poincaré im Sommer 1922 gemacht habe, anstrebe, aber bereit sei, andere englische Vorschläge „wohlwollend zu prüfen“. In Wahrheit hat Frankreich — nennen wir das Kind beim rechten Namen — neue Sanktionen auf Lager, um die Gutachten der Sachverständigen, noch ehe sie überhaupt bekannt sind, zu einem Rechtsdiktat des Versailles Vertrags zu machen.

In London noch man sofort den Pariser Braten. Die englische Regierung ließ in ihrer Presse durchblicken, daß sie eine Fortsetzung des Briefwechsels zwischen Mac Donald und Poincaré weder in schriftlicher noch in mündlicher Form wünsche, da beratige Verhandlungen geeignet seien, die Freiheit der Entscheidung der Sachverständigen zu beeinträchtigen, während es doch vor allen darauf ankomme, von politischen Ermüdungen möglichst unbefangene Berichte zu erhalten. Am deutlichsten machte es der „Daily Telegraph“ herauszugeben: Die Aufgabe der Sachverständigen sei die Grundlage für ein Uebereinkommen zu schaffen, das von allen Beteiligten freiwillig angenommen werde. Die englische Regierung wolle einen Vertrag, wie ihn Poincaré im Jahre 1922 vorgeschlagen habe, unbedingt ablehnen. Die beste Lösung der Sicherheitsfrage sei der Eintritt Deutschlands und Russlands in den Völkerverbund.

Daß Mac Donald angesichts des französischen Vorkohes von der erstellten Sorge erfüllt ist, erwie es sich durch die pflichtige Vertretung der drei englischen Vertreter im Dames- und Mac Kennis-Ausschuss und des englischen Vertreters in der Entschädigungskommission, Sir John Bradburn nach London. England gibt seinen Vertretern also neue Weisungen, und im Zusammenhalt mit anderen We-

isungen weiß man, um was es sich handelt: um den Überfall der Zahlungsansprüche, um Deutschlands Zahlungspflicht nach Ablauf desselben und um die Schöpfung der deutschen Auslandensschulden. Darum geht also jetzt der Kampf hinter den Kulissen.

Unterbreiten sind die deutschen Finanzbehörden per Spitz und Geld in Paris verhandelt worden. Auch Reichspräsident Dr. Ebert will in Paris und hält sich zur Verfügung der Ausschüsse. Die deutschen Stimmen werden immer nur ein schwaches Gegenwärt gegen die Poincaré'sche Quertreiberei hören.

Postpartassen

Wie verhalten soll auch der Reichspräsident bei einem Besuch in Wien werden. Allerdings keinen politischen Braudschluß, sondern er beabsichtigt, die Einrichtung der Österreichischen Postpartassen kennen zu lernen, da er sich mit dem Gedanken trägt, auch im Reich die Postpartassen einzuführen. Schon im Winter 1923 hatte der damalige Generalpostmeister Stephan dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Errichtung von Postpartassen vorgelegt, der freilich nicht angenommen wurde. In diesen anderen Ländern sind die Postpartassen schon längst eingeführt. Zuerst in England seit 1861. Dann folgten Belgien 1870, Japan 1873, Italien 1878, Rumänien 1880, die Niederlande 1881, Frankreich 1882, Brasilien-Indien 1882, Österreich 1883, Schweden 1884, Kurland 1884, Ungarn 1886, Kanada 1888, Rußland 1889, Bulgarien 1896 u. a. m.

Für die Postpartassen wird hauptsächlich ins Feld geführt, daß die Errichtung und Bequemlichkeit der Sparanlagen den Sparplan wesentlich fördern würde. Derzeit gebe es in Deutschland nur etwa 4500 Orte mit Sparfilialen. Wenn dazu die rund 18 000 Behauptungen des Reichs und etwa 16 000 Postfilialstellen kämen, die auch kleine Sparbeiträge annehmen, so würde das Sparen einen mächtigen Antriebsfaktor erfahren. Die Postpartassen würden schon deshalb gerne benutzt werden, weil der Staat beim das Reich selbst für die Sparsparbeiträge Sicherheit stelle. — Aber gerade dieser Punkt ist es, mit dem die Gegner den Plan bekämpfen: Sie meinen, welche Sicherheit denn noch von einem Staat zu erwarten sei, der alle Ersparnisse mit einem Federtrieb getilgt habe? Was mit der dritten Steuernotverordnung längst geschah, wäre früher oder später wieder geschehen, wenn das Reich durch den Friedensvertrag wieder in finanzielle Bedrängnis komme. Uebrigens seien — vor dem Krieg — auch ohne Postpartassen die Sparsparanlagen in Deutschland in hundertfachen und anderen Sparpartassen weit größer gewesen als in den englischen und französischen Sparpartassen.

Zweifellos sind die Postpartassen eine Einrichtung, die volkswirtschaftlich von hohem Wert sein kann, und sie haben sich auch wohl überall so bewährt, daß man sie in den Ländern, wo sie eingeführt sind, nicht mehr missen möchte. Aber sie sind, wie alle Sparpartassen, eine Sache des Vertrauens und der Einmünd gegen die „staatliche Sicherheit“ ist daher leider in Deutschland nicht so ganz unerschütterlich.

Der Hitlerprozeß

22. Verhandlungstag

München, 26. März.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung sprach K.A. Dr. Demmeier für den Angeklagten Leutnant Wagner. Er wies auf die traurigen Verhältnisse hin, die durch die Revolution 1918 in Deutschland geschaffen worden seien und die in Wagner den Entschluß reifen ließen, am Wiederbau des Vaterlands mitzuwirken. Er erhielt von Oberleutnant Rothbach die Nachricht, daß zwischen Rohr, Lossow, Seifert, Pöhner, Müller und Ludendorff an jenem Abend ein volles Einvernehmen über die Errichtung eines nationalen Heers und einer nationalen Regierung bestünde. In der Infanterieschule mußte die Auffassung herrschen, daß dem Befehl Lossows unbedingt Folge zu leisten sei. Von Vorbereitungen könne keine Rede sein. Der erste und zweite Einmarsch der Infanterieschüler sei mit Wissen und Willen der Vorgesetzten erfolgt.

Rechtsanwalt Gög tritt dem Standpunkt entgegen, daß der Angeklagte Dr. Fried in den früheren Akten des Kampfbundes schon längere Zeit als Volkspresident in Aussicht genommen gewesen sei. Nicht ein Zeuge und nicht eine Urkunde sei beigebracht worden, die diese Behauptung aufrechterhalten könnte.

Der Verteidiger Ludendorffs

Am Mittwoch früh ergriff Ludendorffs erster Verteidiger, Justizrat Luzegebrunn das Wort: Gehört Geschichte politische Geschichte überhaupt in den Gerichtssaal? Die Welt und vermeint im Augustheft des Jahrgangs 1911 der „Deutschen Staatsrechtszeitung“ ein deutscher Rechtslehrer, gegenwärtig man sich den gesamten Sachverhalt, so wird man von der Einleitung der Rede Ludendorffs ausgehen müssen, die in ihrer Fassung nicht glücklicher gemißt werden konnte, obwohl gerade dieser Teil in der ganzen Kritik heilig angegriffen wurde. Zu einem nicht geringen

Ziel ist dies auf die vollständige Verkennung der Rede zurückzuführen. Ludendorff schreibt und redet nach eigenem Bekenntnis, nicht um Liebe und Beifall zu erlangen, er handelt allein nach seiner Pflicht. Aus seiner Verteidigungsrede geht hervor, welche Angst und Rote ihn im Vorjahr um das Reich und seinen Bestand bewegt haben. Es geht aber weiter daraus hervor, daß er sich allen Bestrebungen gegenüber, in die Geschicke des Reiches einzugreifen, soweit sie sich im Gegensatz zu seinen Ansichten, juristisch, abweisend verhalten hat. Man muß weiter davon ausgehen, was das Ziel aller Bestrebungen war, die sich im vorigen Jahr zeigten, und mit welchen Mitteln das Ziel verwirklicht werden sollte. Im Herbst 1923 war der Ruf nach der Diktatur von den politischen Parteien, wie in ernsthaften Zeitungen und Zeitschriften, allgemein. Man konnte kein anderes Thema mehr. Wie stellen sich die Hauptbeteiligten zu dieser Frage? Rahr sieht ein Verhandeln mit einer Reichsregierung ab. Man kann den Gedanken nicht los werden, daß man in den Kreisen von Rahr und Vossov zeitweise noch mit dem Gedanken eines tatsächlichen Marsches nach Berlin gespielt hat. Man hat es sich gefallen lassen, daß dieser Gedanke in anderen Kreisen, die man nötig hatte, so in den Kreisen des Kampfbundes, ernst genommen wurde, ja man hat dieses ernstnehmen noch gefördert. Bieleicht war die Sache auch in der Rahr und Vossov bezüglich des Mittels zu seinem Entschluß kommen konnten.

Besonders bedeutungsvoll sind die drei Fragen: 1. Was ist im Bürgerbräukeller vorgefallen, bevor Ludendorff gerufen wurde, und was hat Ludendorff dann von diesen Vorgängen erfahren? 2. Was hat Ludendorff im Bürgerbräukeller selbst erfahren? 3. Wozu hat Ludendorff nun eigentlich keine Zulage erteilt?

Die erste Frage läßt sich dahin beantworten: Solange Scheubner-Richter im Bürgerbräukeller war, war keine Rede davon, daß irgendeine Regierung oder der Reichspräsident abgelehnt werden sollten. Scheubner-Richter kam, als er Ludendorff abholte, ihm nur mitteilen, was er selbst erlebt hatte. Er konnte also nicht mitteilen, daß von der Regierung der Reichspräsident und des Präsidenten die Rede war. Das stimmt völlig mit der bisherigen Sachverhaltung Ludendorffs überein. — Zur zweiten Frage ist zu bemerken: Als Hiller seine zweite Rede hielt, war Ludendorff noch nicht da. In dieser zweiten Rede Hillers wurde nicht einfach erklärt: „Das Komitee Knilling ist abgelehnt“, sondern Hiller hat vorausgesetzt: „Ich schlage vor.“ Das ist zweifellos von besonderer juristischer Bedeutung! Als Hiller seine dritte Rede hielt, war Ludendorff da. Diesmal sprach Hiller: „Ich teile Ihnen mit, daß die vorläufige deutsche Nationalregierung gebildet ist.“ Auch dieses Wort bedeutet keineswegs irgendeine Maßnahme, höchstens eine Vormaßnahme. Ludendorff sollte nicht Mitglied der Regierung, sondern lediglich Führer eines zu bildenden Nationalheeres werden. Reichswehrminister mit diktorischen Vollmachten sollte Vossov werden. Das Nationalheer hätte nicht etwa die Aufgabe, ein Direktorium nach Berlin vorzutragen. Vossov sollte das Heer organisieren, das Deutschland von den Römern übernahm.

Was die Vorfälle in der Nacht angeht, so steht fest, daß Ludendorff sich bei irgendeiner Gemaltemwendung nicht beteiligt hat, daß er weder ein Kommando übernahm, noch einen Befehl gab. Der „Befehl zur Besetzung des Wehrkreisamtes“ schließt sich auf die Ausrufung Ludendorffs zu Rahr ein: „Bleiben Sie vorläufig hier!“ Die Rührer von keiner verbindlichen Verpflichtung, das Wehrkreisamtskommando zu halten, durch Ludendorff verbunden zu werden wünschte, war Ludendorff darüber sehr erstaunt, da er sich nicht demut war, einen Befehl gegeben zu haben. Als am anderen Vormittag Klarheit geschaffen war, hatte Ludendorff — das ist bedeutsam — von sich aus einen Abzugsplan gefaßt. Er unterscheidet zwischen dem Unternehmen und der öffentlichen Bewegung. Das Unternehmen war für ihn zerfallen, die Bewegung geblieben. Den Rückzug nach Kosenheim lebte er ab, weil dieser noch seiner Ueberzeugung zum Bürgerkrieg führen und die Bewegung im Straßenkampf endigen mußte. Der Zug durch die Stadt wurde unternommen zur Rettung der öffentlichen Bewegung. Ludendorff veranlaßte, daß die Gewehre entladen wurden. Er hat sich erkundigt, ob dieser Befehl durchgeführt wurde. Eine Gemaltemwendung seinerseits war bis zum Schluß nicht geplant und ist auch nicht erfolgt.

Verfassungsänderung bedingt Organisationsänderung. Hiller selbst habe aber nie eine solche Organisationsänderung verkündet. So sei auch kein Entwurf für eine Reorganisation ausgearbeitet worden. Zwar sei in der Verhandlung einmal von einem Organisationsentwurf gesprochen worden, der aber von der zweiten Garnitur des Direktoriums ausgearbeitet werden sollte. Auch aus der Rundgebung des Kampfbundes ergab sich kein Entwurf einer Organisationsänderung. Die Einführung eines Direktoriums sei aber durchaus im Rahmen der Verfassung möglich.

Bzüglich der angeblich beabsichtigten Absetzung des Reichspräsidenten oder der Reichsregierung verweist der Verteidiger auf die Ausführungen des Oberlandesamts-Ebermeyer im Jagow-Prozess, der damals erklärte: „Das Gesetz verlangt als Tatbestandmerkmal die Abänderung der Verfassung.“ Es ist deshalb wohl zu unterscheiden zwischen einer Abänderung der Verfassung und einem bloßen Verlassenwechsel, der die bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen als solche nicht berührt. Wer also z. B. an Stelle des Reichspräsidenten A den Reichspräsidenten B setzen will, ohne in die Stellung des Reichspräsidenten selbst einzugreifen, von dem kann man nicht sagen, daß er „die Verfassung ändert“. Eine Verfassungsänderung war daher als Ziel des Unternehmens weder im ganzen noch bezüglich des angeführten Direktoriums oder der Absetzung des Reichspräsidenten beabsichtigt.

Berner ist im vorliegenden Fall noch nicht einmal der Antrag einer Gemaltemwendung gemacht worden; die bloße Ausübung einer neuen Regierung enthält noch nicht den Anfang einer Gemaltemwendung zur Abänderung der Verfassung. Nebenfalls war Ludendorff bei der sogenannten Gemaltemwendung überhaupt nicht zugegen und die angeblichen Anordnungen bezogen sich nicht auf gemaltemwendungen. Ludendorff wollte allerdings die Regierung in Berlin zur freiwilligen Abdankung bewegen.

Zum Schluß betont der Verteidiger, was auch das Gericht selbst annimmt, daß Rahr, Vossov und Weiser im Bürger-

bräukeller nur zum Schein ihre Zulage gegeben haben. Es könne deshalb für Ludendorff nicht bestritten in Frage kommen. Das Gericht müsse einen Spruch fällen, der vor der deutschen Rechtsprechung bestehen kann und von deutschen Herzen erachtet wird.

Fortsetzung der Verhandlung nachmittags.

Neue Nachrichten

Nochmals die deutschen Entschädigungsleistungen

Berlin, 26. März. Durch WTB wird gegenüber der Behauptung der Entschädigungskommission, Deutschland habe bis 31. Dezember 1923 nur Entschädigungen in Höhe von 8,2 Milliarden Goldmark geleistet, festgestellt, daß nach sorgfältiger deutscher Berechnung die Entschädigungsleistungen, die auf die Gesamtschuld angesetzt werden müßten, schon am 31. Dezember 1922 die ungeheure Summe von 41,6 Milliarden Goldmark erreichten. Dazu sind sonstige Leistungen, die ebenfalls auf das Konto anzurechnen sind, in Höhe von 14,5 Milliarden hinzu zu zählen, so daß die Gesamtschuld Deutschlands auf Grund des Vertrags von Versailles bis anfangs 1923 auf 56,9 Milliarden Goldmark zu bemerken ist, also auf den 65%igen Betrag dessen, was die Entschädigungskommission abzuschreiben für gut fand.

Parteitagsverchiebung

Berlin, 26. März. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, der am 13. April stattfinden sollte, ist bis nach dem Reichstagswahltag verschoben worden.

Plötzliche Sprengung von Wahlversammlungen

Berlin, 26. März. Die Polizei beschlagnahmte in der Wohnung eines Berliner kommunistischen Betriebsrats Anordnungen der Kommunistischen Partei und der Moskauer Internationale über allgemeine Sprengung der nichtkommunistischen Wahlversammlungen. Auch gestern Abend waren wieder zwei sozialistische und drei klerikale Wahlversammlungen von kommunistischen Streiktrupps gesprengt worden.

Beamtenabbau

Schwerin, 26. März. Die neue bürgerliche Regierung in Mecklenburg hat eine Verfügung erlassen, wodurch alle Beamte ohne Fachbildung, die von der bisherigen Regierung eingesetzt worden waren, entlassen werden. Bis jetzt sind 38 sozialdemokratische Parteimitglieder ihrer Stellen enthoben worden, darunter 16 Konsumlagerhalter und 4 Landarbeiter, die zu Kammeralräten und Amtschefs ernannt worden waren.

Erhöhung der Industrieabgaben

Berlin, 26. März. Bei den Verhandlungen der Industriellen mit der französisch-belgischen Angenkommision verweigerte die Kommission trotz der deutschen Einwände, daß die Eisenwerke, denen während der Entschädigungszeit ein Nachschuß von 100 Millionen der Ein- und Ausfuhrabgabe gewährt worden war, vom 1. März an vier Prozent und vom 1. April an die volle Abgabe entrichten müssen. Die Ausfuhrabgabe schwankt zwischen 4 und 5 Prozent des Werts.

Verhaftungen im besetzten Gebiet

Bonn, 26. März. In Bonn und in anderen Orten des besetzten Gebietes ist eine Anzahl Mitglieder des Jungdeutschen Ordens verhaftet worden.

Vorbildlich

Bonn, 26. März. Die Zentrumspartei, die Deutsche demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands riefen an die gesamte Bürger- und Arbeiterchaft die Bitte, bei den kommenden Wahlen sich unschuldiger Schärben und persönlicher Verunglimpferungen politischer Gegner zu enthalten und auf diese Weise die nationale Einheit des deutschen Volkes zu befestigen.

Wieder zwei neue Parteien

Dresden, 26. März. Am letzten Samstag sind in Dresden zwei neue Parteien gegründet worden, die „Evangelische Partei in Sachsen“, die für Trennung der Kirche vom Staat, Erhaltung der Bismarckschule, Bodenreform usw. eintritt, und die „Christlich-sozialistische Volkspartei einig und“ (katholisch), die die republikanisch-demokratische Staatsform vertritt.

Unfall des bayerischen Landtagspräsidenten

München, 26. März. Als der Landtagspräsidenten Königsbauer (Bayr. Volksp.) auf einer Wahlreise im bayerischen Wald im Bezirk Regen-Edlitzach im Wagen fuhr, kam das Fuhrwerk auf der steilen Straße ins Rutschen und stürzte um. Königsbauer erlitt eine sehr schwere Fußverletzung und mußte die Reise aufgeben.

Verurteilung

München, 26. März. Das Volksgericht verurteilte den Oberleutnant a. D. Didenburg zu 300 M Geldstrafe. Didenburg hatte am 9. November, gefolgt von einer großen Volksmenge, im Münchner Rathaus die Hissung der schwarz-weiß-roten Fahne verlangt.

Rechtlosigkeit der Besetzten

Wien, 26. März. Von dem Vorschlag, den Österreich vom Völkerbund für seinen Wiederaufbau auf zwei Jahre erhalten hat, blieben am Schluß dieses ersten Jahres 229 Millionen Kronen übrig. Diesen Betrag will Österreich für verbundene Anlagen, besonders für den Ausbau der Wasserkräfte verwenden. Dagegen hat der Ueberwachungskomitee Zimmermann Einwendungen erhoben. Die englische Regierung wünschte, daß die 229 Millionen an die vorläufigen Mächte prädestiniert werden. Die französische Regierung wolle, daß die Summe zur Abtragung der Kriegsschuldigung Verwendung finde.

Verurteilung deutscher Offiziere

Paris, 26. März. Das Kriegsgericht in Nancy verurteilte in Abwesenheit den General v. Owen, Gouverneur von Metz, Major v. Rappert vom 65. Inf.-Regt., Hauptmann von Sedendorf und Leutnant Kirner vom 8. Bayer. Inf.-Regt., sowie Weidewitz, Dannenhaller zum Tode unter der Be-

schuldigung, am 21. August 1917 das Dorf Romens in Brand gesetzt und 34 Einwohner handbrechlich erschossen zu haben.

Was tut die Reichsregierung, um der heillosen Komödie der „Kriegsverbrecher“ entgegenzutreten und sie wenigstens in den Augen der Welt als infamen Schwindler zu brandmarken?

275 Millionen für die Besatzungstruppen

Berlin, 26. März. Die Regierung hat die Kammer um die Bewilligung von rund 275 Millionen Franken, die zur Deckung der Besatzungstruppen für die Monate April bis Juni erfordert werden, für die Besatzungstruppen etwas über 275 Millionen Franken angefordert, wobei 44 Millionen für Verminderung der Besatzung bereits abgezogen sind.

Die Meuterei in Irland

London, 26. März. Die Meuterei unter den irischen Truppen ist noch nicht unterdrückt. Die irische Regierung soll zwar wieder in den Besitz eines Teils der Waffen, die von den Meuterern fortgeschafft waren, gelangt sein, doch kommt es noch immer zu Zusammenstößen. Bei einem solchen wurde u. a. ein Leutnant der Besatzungstruppen erschossen.

Der britische Kolonialminister Thomas ist unter polizeilichem Schutz geflohen, da er irische Drohbriefe erhalten hat.

Württemberg

Stuttgart, 26. März. Kandidatur Hiebers. Staatspräsident Dr. v. Hieber ist von der Demokratischen Partei Stuttgart als erster Kandidat für den Landtag aufgestellt worden. Voraussichtlich wird er auch auf die Liste für den Reichstag kommen.

Stuttgart, 26. März. Reichstagskandidaten. Der Gesamtverband des Württ. Bauernbunds hat für die Reichstagswahl als Spitzenkandidaten die bisherigen Abgeordneten Dekonomierat Vogt-Gochsen und Theodor Körner als vorgeschlagen. An die dritte Stelle soll für den bisherigen Abg. Haag-Heilbronn, dessen Alter eine Wiederannähme der Kandidatur nicht ermöglicht, ein Weingärtner treten. Der vierte Platz wird den Landwirten in Oberschwaben zur Verfügung gestellt.

Deutsches Spielzeug. In den verschiedenen württembergischen Städtchen werden täglich etwa 3800 Personen unentgeltlich oder gegen geringes Entgelt gespeist. Außerdem haben viele Bedürftige Freitisch in Familien und Gasthäusern, auch die Heilsarmee verabreicht Essen. Die Gesamtspeisekosten dürften demnach etwa 4500 betragen.

Stuttgart, 26. März. Aufhebung von Verordnungen betr. die Kirchen. Durch Verordnung des Staatsministeriums vom 25. März 1924 sind die königlichen Verordnungen vom 30. Januar 1830 (Reg.-Bl. S. 81) und vom 1. März 1853 (Reg.-Bl. S. 49), betreffend die Ausübung des verfassungsmäßigen Schutzes und Ausschließungsrechts des Staats über die katholische Kirche, die königliche Verordnung vom 23. Dezember 1867 (Reg.-Bl. S. 211), betreffend die Stellung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens bei Angelegenheiten der evangelischen Kirche, und die königliche Verordnung vom 3. Februar 1896 (Reg.-Bl. S. 25), betreffend die Minderleistung des Staats und der Gemeindegemeinschaften in dem Disziplinarverfahren gegen evangelische Geistliche, soweit sie noch in Kraft standen, aufgehoben worden.

Die Besserung in der Lage des Arbeitsmarktes hat in Württemberg infolge des Rückgangs des Bauwesens und der Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Arbeiten auch in der letzten Woche angehalten. Die Zahl der vollunterstützten Arbeitslosen ging von rund 23 000 (1. März) auf rund 18 000 am 15. März zurück, die der Kurzarbeiter von 8 000 auf 5 000.

Verurteilung. Die Strafkammer verurteilte die Kommunisten Koch und Pfeffer von Oberürbach zu 1 Jahr bezugl. 6 Monaten Gefängnis. Beide hatten, angeblich zum Sprengen von Strohholz, Sprengstoff gekauft.

Eßlingen, 26. März. Beendigung des Streiks. Die Arbeiterchaft der Spinnerei Weiß bei Eßlingen hat am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Bei Merkt und Krenn wird die Wiederaufnahme spätestens am Mittwoch erfolgen. Der Arbeiterschaft wurden die Löhne zugewilligt, die von der Arbeitgeberchaft beschlossen wurden.

Weinsberg, 24. März. Stadtschultheißenwahl. Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl erhielt Oberstfeldwebel Weinbrenner 1290 Stimmen, der bisherige Stadtschultheiße Streib 370 Stimmen. Weinbrenner ist somit gewählt.

Corch i. K., 24. März. Festhalle. Es ist beabsichtigt, hier eine Sport- und Festhalle zu errichten. Die Mittel sollen durch Sammlungen und Lotterien aufgebracht werden.

Wasserleitungen, 24. März. Differenzen. In den „Schwäbischen Hälbenorten“ hier kam es vorige Woche zu unangenehm Ausfällen, angeblich wegen der Abnahme und der Beaufsichtigung der Arbeiter. Die Direktion beabsichtigt, in Folge dessen umfangreiche Räumungen. Die Arbeiterchaft ist darüber sehr beunruhigt.

Oehringen, 24. März. Stromdiebstähle. Nach einer Mitteilung des Ueberlandwerkes Hohenlohe-Oehringen haben in letzter Zeit die Stromdiebstähle eine große Ausdehnung angenommen. So wurden in Hohenlohe und Oehringen Häuler angehalten und in anderen Orten Strom unter Umgehung des Häulers entwendet. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft soll wurden einige Stromdiebe festgenommen.

Soch, 24. März. Verjuchte Brandstiftung. Am Abend zwischen 7 und 8 Uhr wurde versucht, im Hof der Wirtshaus zum Röhle Feuer anzulegen. Es dürfte sich wohl um einen Raubakt handeln. Vom Täter ist man keine Spur.

Freudenstadt, 26. März. Todesfall. Ein Worgen des 24. März nach in Freudenstadt unerwartet Oberamtsarzt Dr. Rutter im 56. Lebensjahr. Das Nipplat von Freudenstadt hat er nur 5 Jahre verleben, erst nachdem es ihm im Jahr 1906 übertragen worden war. Am Krieg war der Verlebene ehrenamtlich am Referatsoffizier in Corch tätig.

Aus Stadt und Land.

Kagold, den 27. März 1924.

Lichtbildervortrag. Auf den heute stattfindenden Vortrag von O. Feucht „Vom Schutz der Natur“ mit seinen prächtigen Lichtbildern sei nochmals aufmerksam gemacht.

Arbeitslosenversicherungsbeträge. Jetzt schon gehen bei der Reichsversicherungsanstalt für Arbeiter die Verhandlungen über die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeträge auf Grund der Erhöhung der Reichsbeiträge vom 13. März 1924 ein. Diese Erhöhungen können aber nicht behandelt werden, solange die angeforderten Ausführungsbestimmungen zu der obengenannten Verordnung noch nicht vorliegen. Nach Erhalten derselben wird öffentliche Bekanntmachung ergehen. Inwiefern sich dies auf die Besetzung der Stellen, die am 1. April eintreten zu lassen, denn die Reichsverordnung ist erst am 21. März erschienen.

Landw. Bezirksverein. (Schluß)

Der Vorsitzende erstellte nun Herrn Dettling-Immerstein das Wort. In seinen Ausführungen kam er eingehend auf die Steuererhöhungen zu sprechen. Am Ende der Leistungsabgabe angelangt, müsse die Steuerpolitik eine Wendung, eine Umregelung erfahren. Allgemein habe man den Zeitungen entnehmen können, daß die Mehrbeträge in Württemberg zu hoch seien, besonders gegenüber dem Saar. Er zeigte, daß diese Belastung zum Rhein läge, daß es bei einer 16- bis 18-prozentigen Arbeitslosigkeit für den Bauern kein leichtes Los sei, seine Existenz weiterzuführen und daß das Geld des Bauern, das früher Sparzettel gewesen sei, heute eben Sparzettel sei. Weiter legte er noch dar, daß die von der Landwirtschaftskammer vorgeschlagenen Reformen noch Anhaltspunkte zu weiterer durchgreifender Verbesserung bieten und daß insbesondere auch auf die Bodenverhältnisse und deren Kultivierung geachtet werden muß. Die gesamte Debatte wurde jetzt auf dem 4-tägigen Beitrag des Friedensrates und die Bedeutung auf 1 ha kommt nunmehr auf 75 bis 118 M. Außerdem kommt noch als weiterer Umstand der Anstieg ausländischer Konkurrenz; — an einem Beispiel, der cornell. Frucht gebrachten Banane, ist zunächst nicht zu denken, in der Vorjahrer Beitrag in diesen Antrieben hindert ist. Um in diesen schwierigen Verhältnissen zurecht zu kommen, ist es notwendig, daß die Bauern auf rationelle Arbeit gehen, müssen die richtigen Männer gefunden werden, die organisatorisch und sachdienlich für diese Arbeiten eintreten.

Weiter wurde u. a. gesagt, daß die Umlage- und Einkommensteuer, sowie die Rentenabgabe, die auf 450 M. laufen, ebenfalls zu hoch seien. In ungedeckter Weise ist vor allem auch die Landabgabe verteilt, weil auf die Grundbesitzer keine Rücksicht genommen wurde. Innerhalb der Gemeinde und Grundbesitzern schloß Herr Dettling seine sehr guten Ausführungen.

Der Vorsitzende verlas nun einen Bericht von der Reanerkasse. In der anschließenden Debatte kam zum Ausdruck, daß die als Frage gestellt wird über die zu hohen Beiträge, die jetzt unbedingt für den Friedensbeitrag anfallen müssen. Die bestehenden Familienhöfe werden mit Recht als ein Unheil bezeichnet, da häufig viele Einkünfte in ungenutzter Weise verstreut sind. Jeder Besondere sollte deshalb 10% der Kapitalien tragen müssen.

H. Reimer berichtete in folgendem, daß H. Obergrüner, Gärtner Wiltberg nunmehr aus dem Vorstand ausgetreten sei. In Anbetracht der neuen und veränderten Verhältnisse des H. Wiltberg wurde er zum Vorsitzenden des allseitigen Wanders zum Ehrenmitglied ernannt. Zum Schluß wurde noch eingeleitet über die Regelung der Feuerversicherung gesprochen, man las aber zu keinem positiven Entschluß. H. Reimer gab dann das Wort über die Besetzung der letzten Reichsversammlung bekannt über den Wunsch der Gemeinde Sulz, dem Oberamt Herrenberg angelehrt zu werden. Damit schloß er dann die Versammlung.

Baumwertsammlung in Altensteig. 3. und 4. Sonntag fand bei reiner Verhältnisse eine Besammlung der Baumwertsammler.

Die Matthäusp Passion in Kagold.

Am nächsten Sonntag wird um 4 Uhr nachmittags in der Stadtkirche in Kagold die Matthäusp Passion aufgeführt. Man kann nicht leicht in zu hohen Tönen von diesem wunderbaren Werk reden; wenn davon das Herz nicht voll wird, dem ist nicht zu helfen. Es gibt nicht viele Meisterwerke, die noch eigenartiger, noch gewaltiger sind, aber es gibt keines, das so tief und rein das Höchste zum Erkennen bringt und zugleich auf eine so große Weise Menschen sich ihren reinen Grund zu machen imstande ist. In Stuttgart z. B. wird es am Karfreitag Abend wie in allen größeren Städten Deutschlands alle 2-3 Jahre aufgeführt; es ist kein Zweifel, daß die große Kirche Stuttgart jedesmal 2-3 mal gefüllt werden könnte; das lebensgefährliche Gedächtnis letzten Jahres, (es waren vereinzelt zu viel Tönen ausgegeben worden), hat das mit voller Deutlichkeit gezeigt. Wie viele Tönen von den Szenen des Todes an diesem Tag in die Hauptstadt, weil es ihnen das größte Erlebnis des Jahres ist. Und nicht bloß ein musikalisches Ereignis, sondern zugleich ein religiöses. Denn diese „Matthäusp Passion“ ist die hervorragendste Darstellung der Menschheitsgeschichte, die es geben kann. Von dem besten Verständnis der Menschheitsgeschichte redet sie, von der ewigen Verbindung der Menschheit, nicht mit Menschen, sondern mit Engeln. Und empfunden auch tausende von denen, die sonst der Kirche fernstehen; sie wissen, daß hier letzte Wahrheit und reinste Schönheit sich verbunden hat zu einer Harmonie ohne Gleichen. Und dieses Werk können wir in Kagold hören! Wie freuen wir uns darum!

Über seinen Verfasser will ich nicht reden, ich will nur sagen, daß es in Kagold nicht nötig ist. Er ist uns kein Fremder; sein zweites ist so oft hier zu Wort gekommen, wie Job. Ged. Bach. Und mit Recht. Denn kann ein zweites vereinfacht alles das, was er befiel: diesen unerhörten Reichtum der Gedanken, diese fabelhafte Mannigfaltigkeit, Beweglichkeit und Lebendigkeit der Ausdrucksformen, diese Innigkeit, Wärme und Tiefe eines echt deutschen Gemütes, diese Leidenschaft eines tiefen Temperaments — und das alles geglättet und beherrscht von einem

des Bezirks und der Musikantenmitglieder des Obstbauvereins hat. Vorstand Stempel begrüßte die Erschienenen herzlich. Hierauf gab Oberamtsbaumwart Sulz den Geschäftsbericht bekannt, woraus eine rege Tätigkeit zu ersehen war. Verschiedene Angelegenheiten des Bezirksobstbauvereins standen zur Beratung offen, deren wichtigste das heutige 40 jährige Jubiläum ist. Aus diesem Anlaß soll eine Obstausstellung im Herbst stattfinden. Ferner wurde beschlossen, den Jahresbeitrag auf 1 M. festzusetzen und zum Besuch der Generalversammlung 3 Vertreter nach Stuttgart zu entsenden. Die Regelung der Preise für Arbeiter an den Oststräßen, insbesondere Umptropfen, brachte eine lebhafte Aussprache. Man einigte sich zuletzt auf den Vorzugspreis 5 M. pro Pflanz zu berechnen. Es folgte ein sehr gutes Referat von Kollege Schöninger Sulz über die Tätigkeit des Obstbauvereins Herrenberg mit eingehenden Erörterungen, daß der Obstbauwart arbeitslos und berufsunfähig arbeiten müsse, aber auch seine Verpflichtungen gleich anderen gewerblichen Arbeitern entsprechend bezahlt erhalten soll. Dann folgte noch ein langer Vortrag von Oberamtsbaumwart Sulz über die Ausführung des Umptropfen und Begründung der Sorten des Bezirksobstvereins, damit der große Sortenwettbewerb ausbleibe und größere Fehler in der Sortenwahl unterblieben. In diesem Zweck wurden an verschiedene Obstbauvereine der Kreisoberamt Sulz Stellung genommen werden sollte. Hierauf konnte Vorstand Stempel die wohlgeleitete Versammlung schließen.

Sulz, 25. März. Bürgerversammlung. Letzten Abend fand hier im Schulhaus eine aus der Mitte der Bürger einberufene Bürgerversammlung statt, in welcher zu der gegenwärtig brennenden Frage der Zustellung der Gemeinde zum Oberamt Herrenberg und zu den Kostenübertragungen des Bezirksamt Sulz Stellung genommen werden sollte. Der Vorsitzende des hiesigen Bauernbundes, J. Dürr, begrüßte die zahlreich Erschienenen und stellte in seiner Ansprache den Bericht des Bezirksamts in Sulz vor. Er sprach von 15. 3. 24 ist nicht der bestmögliche Bürger, ihre Ansicht in der so wichtigen Sache kundzutun, denn der Wunsch, dem Bezirk Herrenberg zugehört zu werden, beruht nicht auf persönlichen Schäden, wie vom Bezirksamt behauptet wurde, sondern ist ein allgemeiner, seit 60-70 Jahren gehegter Wunsch der Gemeinde, der jetzt durch die Frage der Oberamtsaufstellungen und -veränderungen der Bevölkerung oder gebracht werden könnte. J. Dürr schloß seine Rede darauf dem Wunsch der Versammlung, der Bürgerstadt an Hand der vorliegenden Akten, die vom Gemeinderat unternommen Schritte bekanntzugeben. In der Aussprache fand die Tätigkeit des Gemeinderats in dieser Sache die volle Zustimmung der Anwesenden. Das Ergebnis der Versammlung wurde in folgender Entschlußfassung, welche bei der Abstimmung mit allen Stimmen angenommen wurde, zusammengefaßt: „Die heutige, von etwa 120 Bürgern besuchte, Versammlung ist der Ansicht, daß die Gemeinde Sulz auf Grund ihrer geographischen Lage, ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer aus der Vergangenheit hammen den engen Verkehrsbeziehungen mehr mit dem Bezirk Herrenberg verbunden ist, als mit dem Bezirk Sulz. Sie fordert daher die Zustellung der Gemeinde Sulz zum Oberamt Herrenberg und trägt in dieser Zustellung die Erfüllung eines in der Gemeinde Sulz schon seit vielen Jahrzehnten bestehenden Wunschs.“

Handelsnachrichten

Colloquium. Berlin, 26. März. 4.2105 Bill. Mk. Renten 1 Dollar 4.4. London 1 1/2. 19.20. Amsterdam 1 Gulden 1.05. Zürich 1 Franken 0.70. 21. 704.
Frankfurter Franken 72.25 zu 1 Pfd. Sterl.
Von der Reichsbankverwaltung. Im zweiten Drittel des März ergab sich in der Reichsbankverwaltung ein Ueberschuß von 60 Millionen Reichsmark. Die Einnahmen beliefen sich auf rund 197 M. die Ausgaben auf rund 134 Millionen Reichsmark. Der Zahlungsbefehl für 18. November a. J. ist daher von 77,4 auf 716,1 Mill. RM. zurückgegangen.
Die Wechselvereinigungen sollen einheitlich zusammengefaßt und erleichtert werden. Die Einzelbankregulierung soll jedoch bestehen und der Deutschenbank und dem Deutschen Reichsbank verbleiben.

Die Wechselvereinigungen soll von 3 auf 1 1/2 Prozent ermäßigt werden unter der Voraussetzung, daß auch die Banken ihre hohen Provisionssätze ermäßigen. Die Berliner Banken sind bereit, die Ermäßigungen von 2 auf 1 Prozent des Betrags bereitzustellen.
Zur Währungsreform, die vom 12. bis 21. April stattfindet, haben sich in ganzen 4000 Firmen angekündigt, darunter 200 Bankler.

Stuttgarter Börse, 26. März. Die festere Stimmung hielt heute an. Die Börse eröffnete zu erheblicher Steigerung Kurse bei lebhaftem Geschäft. Bei verhältnismäßig hohen Kurse beobachtete sich die Stimmung. Der Rentenmarkt war still bei geballten Kurse. Kriegsanleihe etwas gestiegen bei 90. Senkwerte waren etwas fester, Staatsbank blieben bei 60 gesucht ohne Angebot. Vereinsbank gewonnen 0,4, Hypothekbank 0,2. Franzosen waren bei den gestrigen Kurse gefragt, nur Rosensberg und Walle etwas fester. Größer waren die Kursgewinne auf dem Markt der Metallwerte. Hier sind besonders erwerbenswert: Feinmehls (+ 1,3), Jungbrot (+ 1,2), Melis- und Backwaren (+ 1,7), Weis. Metallwaren (+ 2). Nach Kursrückgang waren lebhaft gesucht bei höheren Kurse. Von Metallwerten gewonnen Daimler 0,4, Magasin 0,1 und Reichsbank 0,2. Größere Kurssteigerungen und größere Kursgewinne waren bei Textilaktien zu verzeichnen. Hier gewonnen Leinenindustrie 1, Koch-Schle 1,5, Bielefeld 2, Rhein-Singen, Unterwiesenthal 3,5, Wollwaren Wollkäulen bei 25 gesucht. Kofert erhöhen ihren Kurs um 3, Erlangen um 5,5. Von den Bergbauaktien waren Chr. Weller auf 3,4 an Union vorstiegen 11,0. Von den Abhangsmittelwerten erhöhten Knorr ihren Kurs um 1,05, Kramm um 0,3, auch die übrigen Werte hatten kleine Gewinne zu verzeichnen. Von den sonstigen Werten sind erwerbenswert: Bad. Anilin mit einer Steigerung von 3,4, Bremen-Deichheimer Öl mit 2,5, Mannheimer Öl mit 1,5. Leicht gehandelt waren Sulzwerk Heilbronn bei - 7 und Siedl. Holz bei - 1. Ferner sind noch erwerbenswert: Rhein-Wollweil bei 0,2, Reichsmark Aktien bei 10,75 und Reichsmark Aktien bei 7,2.
Berliner Borsenmarkt, 26. März. Starker Besuch, doch wenig Geschäft. Weizen 19,75-20,25, Roggen 18-18,50, Gerste 21,20-22, Hafer 15,50-16, Weizenmehl 27,75-28,25, Roggenmehl 23,50-24,25, Futtermehl je nach Qualität 12-14, Mehl 10,75-11, alles die 100 Kilo, Weis- und Weizenmehl je nach Qualität ohne Fein, Fruchtmarkt: Kartoffeln, Knoblauchmehl: Preise unverändert.
Berliner Getreidemarkt, 26. März. Weizen mäh. 16,40-16,60, Roggen 13,20-13,60, Sommergerste 16,30-16,50, Hafer 11,40-11,60, Weizenmehl 24,25-24,50, Roggenmehl 20,50-21, Mehl 8,20 bis 10,50, Hafer 6,15.
Berliner Kartoffelmehlmarkt, 26. März. Weis- und weißes 2,10, gelblichgelbes 1,50 Mark.
Berliner Borsenmarkt, 26. März. 1,55 für erste, 1,35 für zweite Sorte des Pfund.
Berliner Borsen- und Aktienmarkt, 26. März. Weller 1,80 bis 1,90, hiesiger 1,80. — Mehl: Weizen 0,68-0,75, blaues 0,70, Weizenmehl 1,25-1,50, hiesiger 1,45. — Marktberichte: Kaufkraft ruhig, Weizen sehr ruhig, Roggen sehr ruhig.

Märkte

Marxheim, 26. März. Auf dem Schlachtleichmarkt waren nicht für je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 41-44, Kühe 1. 43-47, Ochsen 2. 31-35, Kühe 2. 33-39, Ferkel 29-35, Schweine 34-40, Mäher 32-40, Schaf 70-75 Pfd.
Mühlheim, 26. März. Dem Vieh- und Viehdarmmarkt waren zugeführt: 113 Pferde, 73 Ochsen, 171 Kühe, 321 Ferkel und 12 Ferkel. Bezahlt wurde für feste Ochsen 600-1400 M., für Ochsen 700-900 M. pro Paar, für 60-650 M., Weizen 180-200 M., frühe Kälber 200-400 M., Kühe 130 bis 150 M., Ferkel 50.
Stuttgart, 26. März. Dem sehr lebhaften Viehmarkt waren zugeführt 23 Stück Rindvieh, wovon 10 verkauft wurden. Die Preise betrugen für Ochsen 450-520 M., für Kühe 350-420 Mark und für Jungvieh 100-150 M. Von 10 Ochsen wurden zwei übrig, von 10 Kühe Jungvieh wurde die Hälfte verkauft, die drei übrigen gingen alle weg. Auf dem Schweinemarkt war das Angebot größer als die Nachfrage. Von den 100 Ferkeln wurde die Hälfte (45) verkauft zu Preisen von 15-30 Mark, von den fetten Kühen 4 Stück für 30-40 M.
Kaufmann, 26. März. Preise für Ferkel: 22. Nr. 3, 2. Nr. Weizen. Preis für Ferkel 6-9,20, Gerste 11, Weizen 12 M. — Heu- und Stroh: Die Heu- und Strohpreise notierte folgende Preisverhältnisse: Weizen (verkaufte) 42,72, Gerst. 11-12 M., Gerste (149,78) 10,50-13 M., Hafer (102,42) 8-9,20 M., Winterweizen (113,46) 8,50 M., Winter Gerste (5,88) 8-8,50 M.
Herrenberg, 26. März. Holzmarkt. Beim Holzmarkt der Gemeinde wurden bezahlt: für 2 Nm. bessere Schiefer bis 65 M., 2 Nm. bessere Präger bis 60 M., 2 Nm. eichene Holz bis 55 M., 2 Nm. eichene Präger 45 M., 100 eichene Weizen 60 M.

Berlin	Weizenmarkt in Millionen				
	25. März	26. März	27. März	28. März	
Getreide	100	185,11	185,89	185,61	186,29
Weizen	100	18,25	17,61	18,25	18,25
Roggen	100	57,36	57,64	57,36	57,64
Brotmehl	100	85,83	86,17	86,03	86,07
Schweden	100	111,32	111,78	110,22	111,78
Mais	100	18,35	18,35	18,25	18,25
London 1 Pfd. Sterl.		18,055	18,145	18,055	18,145
Stuttgart	1	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	100	23,14	22,96	23,04	23,16
Brüssel	100	72,02	72,02	72,02	72,02
Amsterdam	100	64,01	64,09	64,01	64,09
D. Decker	100	6,08	6,12	6,08	6,12
Frankfurt	100	12,21	12,29	12,21	12,29
Wien	100	6,28	6,42	6,28	6,42
Spezialkorn	1	1,96	1,415	1,405	1,415
Zoll	1	1,775	1,785	1,775	1,785
Danzig	100	72,21	72,59	72,21	72,59

Das Wetter

Von der Luftwacht im Westen immer noch die Wetterlage berichtet, ist auch für Freitag und Samstag Freitagung des Wetter, teilweise auch regnerisch, jedoch milden Wetter, zu erwarten.

Inferate haben besten Erfolg.
Bei lästigem Husten
rufen wir Ihnen Sogitta-Verband zu nehmen. Wenn den Schleim, lindern die Schmerzen. In allen Apotheken erhältlich. Preis vorräthig: Apothek. Kagold ufm. Sogittaverband, G. m. b. H., München. S. 2. 515



